



Nr. 136/S. 1229 Bonn, den 13. Dezember 1983

Bulletin

Ministertagung des Nordatlantikrates

Am 8. und 9. Dezember 1983 in Brüssel

Brüsseler Erklärung

Die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten veröffentlichten am 9. Dezember 1983 anlässlich der Ministertagung des Nordatlantikrates in Brüssel folgende Erklärung:

Wir, die Vertreter der 16 Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses, bekräftigen erneut das Bekenntnis der Bündnispartner zur Wahrung von Frieden in Freiheit.

Unser Bündnis bedroht niemanden. Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff. Wir streben keine Überlegenheit an, werden aber auch die Überlegenheit anderer nicht hinnehmen. Unsere legitimen Sicherheitsinteressen können nur durch die feste Koppelung zwischen Europa und Nordamerika gewährleistet werden. Wir rufen die Sowjetunion auf, unsere legitimen Sicherheitsinteressen genauso zu respektieren, wie wir die ihrigen respektieren.

Wir sind entschlossen, die Sicherheit auf der Grundlage eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses auf möglichst niedrigem Niveau zu gewährleisten. Angesichts der von den sowjetischen SS-20-Raketen ausgehenden Bedrohung führen die beteiligten Bündnispartner den Doppelbeschluß von 1979 durch.

Es bleibt unser Ziel, daß es weder sowjetische noch amerikanische landgestützte INF-Flugkörper größerer Reichweite gibt. Die Stationierung amerikanischer Flugkörper kann durch konkrete Ergebnisse am Verhandlungstisch angehalten oder rückgängig gemacht werden. In diesem Geiste wünschen wir die frühzeitige Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen, die die Sowjetunion unterbrochen hat. *)

Wir fordern die Staaten des Warschauer Paktes auf, die von uns gebotenen Möglichkeiten für ein ausgewogenes und konstruktives Verhältnis und für wirkliche Entspannung zu ergreifen. In allen Rüstungskontrollverhandlungen müssen die beteiligten Staaten Fortschritte erzielen, insbesondere bei

- den Verhandlungen über die Verringerung der strategischen Rüstungen (START),
- den Verhandlungen über Kernwaffen mittlerer Reichweite (INF),
- den Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen (MBFR),
- den Bemühungen um ein vollständiges Verbot chemischer Waffen im Rüstungsausschuß.

Wir sind darüber hinaus entschlossen, die bevorstehende Stockholmer Konferenz als neue Möglichkeit zu nutzen, um den Dialog mit dem Osten zu erweitern, Vertrauensbildende Maßnahmen auszuhandeln und Stabilität und Sicherheit in ganz Europa zu erhöhen.

Wir werden auch weiterhin unser Äußerstes tun, um eine sichere und friedliche Zukunft zu gewährleisten. Wir machen der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Warschauer Paktes das Angebot, mit uns zusammenzu-

*) Griechischer, dänischer und spanischer Vorbehalt zu diesem Absatz.

arbeiten, um ein langfristiges, konstruktives und realistisches Verhältnis herzustellen, das auf Gleichgewicht, Mäßigung und Gegenseitigkeit beruht. Zum Nutzen der Menschheit treten wir für einen offenen und umfassenden politischen Dialog und für Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitigen Vorteiles ein.

Kommuniqué des Nordatlantikrates

Der Nordatlantikrat trat am 8. und 9. Dezember 1983 in Brüssel zu einer Ministertagung zusammen. Die Minister kamen wie folgt überein:

1.

Im Geiste des Zusammenhalts und der Solidarität bleiben die Bündnispartner entschlossen, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu wahren, Krieg zu verhindern und die Fundamente für dauerhaften Frieden und Sicherheit im NATO-Gebiet zu errichten. Sie werden eine militärische Stärke aufrechterhalten, die zur Gewährleistung ihrer kollektiven Sicherheit ausreicht. Keine ihrer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff. Sie bekennen sich auch weiterhin nachdrücklich zu ausgewogener und verifizierbarer Rüstungskontrolle auf möglichst niedrigem Streitkräfteniveau und werden auf größere Stabilität und Fortschritte in Richtung auf echte Entspannung im Ost-West-Verhältnis hinwirken.

2.

Die Bündnispartner bleiben entschlossen, vor Aggressionen und Einschüchterungsversuchen abzuschrecken. Sie werden ihre legitimen Sicherheitserfordernisse mit den notwendigen konventionellen und nuklearen Streitkräften erfüllen. Sie werden Mittel und Energien auf die Modernisierung konventioneller Streitkräfte verwenden und dabei eine wirksamere und ausgewogenere transatlantische Rüstungszusammenarbeit anstreben. Die Bündnispartner stellen mit großer Sorge fest, daß die Sowjetunion ihre Aufrüstung fortsetzt, die weit über ihre Verteidigungsbedürfnisse hinausgeht, während sie eine Konzeption ihrer eigenen Sicherheit verfißt, die unannehmbar ist, weil sie auf der Aufrechterhaltung einer Ungleichheit zu ihren Gunsten beruht. (Griechenland brachte seine Auffassung zur zweiten Hälfte des letzten Satzes zum Ausdruck.)

3.

Die Bündnispartner appellieren an die Sowjetunion, in ihrem internationalen Verhalten Mäßigung und Verantwortungsbewußtsein zu zeigen und mit dem Westen zusammenzuarbeiten, um einen konstruktiveren Ost-West-Dialog zu fördern, der das Ziel verfolgt, die internationalen Spannungen zu mindern. Indem die Bündnispartner jeden Geist der Konfrontation zurückweisen, bekräftigen sie erneut ihre Entschlossenheit, mit den Staaten des Warschauer Pakts auf der Grundlage beiderseitigen Interesses Kontakte und Zusammenarbeit zu entwickeln. Während die Bündnispartner ihre feste und realistische Haltung aufrechterhalten, würden sie jeden ernsthaften Vorschlag begrüßen, der dem Zweck dient, das Vertrauen zwischen Ost und West wiederherzustellen. Die Minister beauftragten den Ständigen Rat mit einer gründlichen Prüfung des Ost-West-Verhältnisses mit dem Ziel, einen

konstruktiveren Ost-West-Dialog herbeizuführen und den Ministern auf ihrer Frühjahrstagung 1984 zu berichten.

4.

Beim derzeitigen Stand der internationalen Beziehungen trägt die Sowjetunion eine schwere Verantwortung. Durch ihr Verhalten wie in Afghanistan und gegenüber Polen und durch die Verfolgung derer die für Menschenrechte eintreten, hat sie ernste Hindernisse bei der normalen Entwicklung von Beziehungen geschaffen. (Griechenland brachte seine Auffassung zum Inhalt dieser Ziffer zum Ausdruck.)

5.

Die Lage in Polen bietet auch weiterhin Anlaß zu ernster Sorge. Einigen der von den polnischen Behörden getroffenen Maßnahmen, wie die Aufhebung des Kriegsrechts und die Amnestie für die meisten politischen Inhaftierten, stehen andere Maßnahmen gegenüber, die ein Unterdrückungssystem weiter verschärfen. Die Bündnispartner rufen die polnischen Behörden auf, die Hoffnungen der Menschen auf Reformen zu erfüllen und die Verpflichtungen aus der Schlußakte von Helsinki und dem Madrider Schlußdokument einzuhalten, insbesondere hinsichtlich der Gewerkschaftsfreiheit und der Bürgerrechte. Sie sind bereit, auf Schritte zu reagieren, die die Möglichkeit zu konstruktiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen schaffen.

6.

Die Bündnispartner verurteilen die anhaltende und intensivierte Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan, die eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und eine flagrante Mißachtung wiederholter Appelle der UNO-Vollversammlung darstellt. Sie beklagen die dem afghanischen Volk von sowjetischen Truppen zugefügten schweren Leiden. Der Abzug dieser Streitkräfte ist wesentlich für eine politische Lösung, durch die Afghanistans Unabhängigkeit, Souveränität und Blockfreiheit wiederhergestellt werden, die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge ermöglicht und dem afghanischen Volk die Gelegenheit gegeben wird, sein Selbstbestimmungsrecht frei auszuüben.

7.

Handel auf der Grundlage handelspolitisch vernünftiger Bedingungen und gegenseitigen Vorteils, der eine präferentielle Behandlung der Sowjetunion vermeidet, trägt zu konstruktiven Ost-West-Beziehungen bei. Gleichzeitig müssen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und den Staaten Osteuropas auch weiterhin mit den allgemeinen sicherheitspolitischen Interessen des Bündnisses übereinstimmen. Hierzu gehört es, Abhängigkeiten von der Sowjetunion zu vermeiden und nicht zu den sowjetischen militärischen Fähigkeiten beizutragen. Die Erschließung westlicher Energiequellen sollte daher gefördert werden. Um zu vermeiden, daß die Sowjetunion weiterhin bestimmte Formen des Handels dazu benutzt, ihre militärische Stärke zu erhöhen, werden die Bündnispartner bei ihrer laufenden Prüfung der Sicherheitsaspekte der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West wachsam bleiben. Diese Arbeiten werden die Bündnispartner bei der Gestaltung ihrer Poli-

tik auf diesem Gebiet unterstützen. (Griechenland erinnerte an seine Auffassung zu verschiedenen Aspekten dieser Ziffer.)

8.

Der erfolgreiche Abschluß des Madrider Treffens trägt zur Stärkung des KSZE-Prozesses bei. Obgleich das in Madrid verabschiedete Schlußdokument etwas hinter den Vorschlägen der Bündnispartner zurückbleibt, ist es gleichwohl substantiell und ausgewogen. Die Bündnispartner messen der Durchführung aller Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und des Madrider Dokuments, einschließlich ihrer humanitären Aspekte, durch alle KSZE-Staaten gleiche Bedeutung bei. Ein wichtiges Ergebnis des Madrider Treffens war die Einigung auf ein fest umrissenes Verhandlungsmandat für die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE), die im Januar 1984 in Stockholm beginnen soll.

9.

Da der Frieden verlässlicher gemacht werden kann und muß, und zwar durch ausgewogene und verifizierbare Abkommen über Abrüstung und Rüstungskontrolle ebenso wie durch ein Gleichgewicht der Kräfte, haben die Bündnispartner eine umfassende Serie von Vorschlägen auf diesem Gebiet gemacht. Ihr Bekenntnis zur Gewährleistung der Sicherheit auf möglichst niedrigem Streitkräfteniveau wurde kürzlich durch die Mitgliedstaaten der nuklearen Planungsgruppe unter Beweis gestellt, die in Montebello den Abzug von 1 400 nuklearen Gefechtsköpfen aus Europa bekanntgaben, und zwar zusätzlich zu der Reduzierung um 1 000 im Jahre 1980. Der verbleibende Bestand wird der niedrigste in Europa seit etwa 20 Jahren sein. Die Bündnispartner fordern die Sowjetunion auf, konkret zu Abrüstungsbemühungen beizutragen und nicht deklaratorische Vorschläge an die Stelle von Taten zu setzen.

10.

Die Minister unterstreichen, daß der von den beteiligten Bündnispartnern im Dezember 1979 getroffene Doppelbeschluß das Bekenntnis des Bündnisses zur Wahrung des Friedens und der Stabilität auf möglichst niedrigem Streitkräfteniveau demonstriert. Die beteiligten Bündnispartner bekräftigen erneut, daß sie durch Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion zu Ausgewogenheit bei den Kernwaffen mittlerer Reichweite kommen wollen. Der Sachstandsbericht der besonderen Beratungsgruppe enthält eine umfassende Darstellung der von den Vereinigten Staaten auf der Grundlage enger Konsultationen mit den anderen beteiligten Bündnispartnern unternommenen Anstrengungen, ein solches Abkommen zu erreichen.

Bedauerlicherweise haben die Genfer Verhandlungen bisher wegen der Versuche der Sowjetunion, ihr Monopol an landgestützten Mittelstreckenraketen aufrechtzuerhalten, keine konkreten Ergebnisse gehabt. Daher werden die Pershing II und die bodengestützten Marschflugkörper in Übereinstimmung mit dem Beschluß vom Dezember 1979 stationiert. Aufbauend auf den in Genf bereits erzielten Fortschritten bleibt auch weiterhin ein Abkommen möglich, durch das diese ganze Kategorie amerikanischer und sowjetischer Waffen beseitigt oder

zumindest auf einen möglichst niedrigen Stand reduziert würde. Die beteiligten Bündnispartner betonen ihre Bereitschaft, die Verhandlungen fortzusetzen und die jetzt laufenden Stationierungen auf der Grundlage eines solchen Abkommens anzuhalten, anzupassen oder rückgängig zu machen. Diese Bündnispartner werden sich auch weiterhin eingehend über Schritte beraten, die der Erreichung dieses Ziels dienen.

Die Bündnispartner stellen mit Bedauern die ungerechtfertigte sowjetische Entscheidung fest, den Verhandlungstisch in Genf zu verlassen. Die Vereinigten Staaten haben zwei Jahre lang verhandelt, während die sowjetischen Stationierungen der SS-20 um mehr als 300 Gefechtsköpfe zugenommen haben. Die Bündnispartner sind der Auffassung, daß die Sowjetunion das gleiche Interesse wie die Vereinigten Staaten an einer Reduzierung nuklearer Waffen durch ein ausgehandeltes Abkommen hat. Die Bündnispartner rufen daher dazu auf, die bilateralen Verhandlungen über Kernwaffen mittlerer Reichweite so bald wie möglich wiederaufzunehmen. (Dänemark und Griechenland legen zu dieser Ziffer einen Vorbehalt ein.)

11.

Die Bündnispartner unterstützen voll und ganz die Bemühungen der Vereinigten Staaten in den Verhandlungen über die Verminderung strategischer Waffen (START) und begrüßen die kürzlichen amerikanischen Initiativen, die die Grundlage für einen bedeutenden Abbau amerikanischer und sowjetischer strategischer Waffen darstellen. Insbesondere haben die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft erklärt, über einen Ausgleich auf denjenigen Gebieten zu sprechen, die für die jeweilige Seite von besonderem Interesse und Vorteil sind, um zu einem ausgewogenen Abkommen zu gelangen, das die Stabilität fördert. Die Bündnispartner appellieren an die Sowjetunion, auf diese Initiativen in positivem Geist zu reagieren. In diesem Zusammenhang stellen sie mit Bedauern fest, daß sich die Sowjetunion kürzlich nicht bereit gezeigt hat, einem festen Datum für den Beginn der nächsten Verhandlungsrunde zuzustimmen.

12.

Die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) ist ein wichtiger Teil des KSZE-Prozesses und schafft neue Möglichkeiten zur Erhöhung der Sicherheit in ganz Europa. In Übereinstimmung mit dem in Madrid vereinbarten Mandat werden die Bündnispartner ein umfassendes Paket konkreter Maßnahmen einführen, das dem Zweck dient, die militärische Transparenz zu fördern, um Vertrauen und Sicherheit zu erhöhen und die Gefahr eines Überraschungsangriffs zu verringern. Sie sind entschlossen, aktiv über ein frühzeitiges Abkommen über politische verbindliche, militärisch bedeutsame und verifizierbare Maßnahmen zu verhandeln, die sich auf ganz Europa erstrecken. Als Zeichen ihrer Entschlossenheit werden die Minister an der Eröffnungssitzung teilnehmen.

13.

Die an den Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen (MBFR) beteiligten Bündnispartner bekräftigen erneut ihre Entschlossenheit, sich um eine beiderseits annehmbare Lösung der Fragen

zu bemühen, die Fortschritte nach wie vor blockieren. Der im vergangenen Jahr vorgelegte westliche Vertragsentwurf stellt eine Grundlage für ein tragfähiges Abkommen dar. Diese Bündnispartner hoffen, daß die vor kurzem abgegebenen östlichen Erklärungen eine neue Bereitschaft erkennen lassen, sich mit den seit langem bestehenden grundlegenden Fragen der Wiener Verhandlungen zu befassen. Sie überprüfen den Stand der Verhandlungen im Lichte dieser Erklärungen.

14.

Im Abrüstungsausschuß (CD) setzen sich die westlichen Teilnehmer weiterhin für konkrete Abrüstungsvereinbarungen ein. Sie betrachten es als vorrangige Aufgabe dieses Ausschusses, ein verifizierbares Abkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen auszuarbeiten.

Die Bündnispartner sind weiterhin ernstlich besorgt über starke Beweise für den anhaltenden Einsatz chemischer Waffen in Südostasien und Afghanistan unter Verletzung des Völkerrechts und über sowjetische Verwicklung beim Einsatz dieser Waffen. Sie begrüßen es, daß die Vereinten Nationen auch weiterhin Verfahren zur Untersuchung der Vorwürfe des Einsatzes chemischer Waffen entwickeln. Im Rahmen ihrer Bemühungen um die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum haben die Bündnispartner im Abrüstungsausschuß ebenfalls vorgeschlagen, das geltende Völkerrecht für die friedliche Nutzung des Weltraums zu überprüfen. (Griechenland erinnert an seine auf den vorhergehenden Ministertagungen zum Ausdruck gebrachte Auffassung.)

15.

Die weiterhin störungsfreie Lage in und um Berlin bleibt von grundlegender Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen. Dies setzt wie bisher insbesondere die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 voraus. Die Bündnispartner hoffen, daß die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Berlin und den Menschen in beiden Staaten in Deutschland zugute kommt und beim jetzigen Stand der internationalen Beziehungen den Frieden in Europa stärkt.

16.

Die Bündnispartner fordern zur Respektierung der staatlichen Souveränität überall in der Welt und der echten Blockfreiheit auf. Sie erkennen an, daß ihre gemeinsamen Interessen als Mitglieder des Bündnisses durch Ereignisse außerhalb des Vertragsgebiets berührt werden können. Sie werden in rechtzeitige Konsultationen über solche Ereignisse eintreten, wenn festgestellt wird, daß ihre gemeinsamen Interessen involviert sind. Genügende militärische Fähigkeiten müssen innerhalb des Vertragsgebietes gewährleistet sein, um eine ausreichende Verteidigung aufrechtzuerhalten. Bündnispartner, die dazu in der Lage sind, werden sich bemühen, diejenigen souveränen Staaten zu unterstützen, die bei der Abwehr von Bedrohungen ihrer Sicherheit und Unabhängigkeit um Hilfe bitten. Diejenigen Bündnispartner, die in der Lage sind, die Verlegung von Streitkräften außerhalb des Vertragsgebietes zu erleichtern, können dies auf der Grundlage nationaler Entscheidung tun.

17.

Die Bündnispartner verurteilen terroristische Anschläge, die demokratische Institutionen bedrohen und normale internationale Beziehungen beeinträchtigen. Unter Hinweis auf die diesbezüglichen Ausführungen der Bonner Erklärung betonten sie erneut ihre Entschlossenheit, wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Unterdrückung derartiger krimineller Handlungen zu treffen.

18.

Die Bündnispartner erinnern an ihr Bekenntnis zu Artikel 2 des Nordatlantikvertrags und bekräftigen die Bedeutung von Programmen zugunsten der Volkswirtschaften weniger begünstigter Partner.

19.

Die Minister nahmen mit Bedauern die Absicht von Generalsekretär Dr. Joseph Luns zur Kenntnis, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Sie baten Lord Carrington, am 25. Juni 1984 Generalsekretär der Organisation zu werden und brachten ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß Lord Carrington dieses Amt angenommen hat.

20.

Die Frühjahrstagung des Rats auf Ministerebene findet im Mai 1984 in Washington statt.

Der spanische Außenminister unterrichtete den Nordatlantikrat von der Überprüfung hinsichtlich der Mitwirkung Spaniens im Bündnis und behielt sich infolgedessen die Auffassung seiner Regierung zu diesem Kommuniqué vor.